



N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

19. Wahlperiode - 63. Sitzung

am Mittwoch, dem 4. September 2019, 15:30 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Abg. Barbara Ostmeier (CDU)

Vorsitzende

Abg. Tim Brockmann (CDU)

Abg. Claus Christian Claussen (CDU)

Abg. Hans Hinrich Neve (CDU)

Abg. Dr. Kai Dolgner (SPD)

Abg. Kathrin Wagner-Bockey (SPD)

Abg. Stefan Weber (SPD)

Abg. Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abg. Jan Marcus Rossa (FDP)

Abg. Claus Schaffer (AfD)

Abg. Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Abg. Özlem Ünsal (SPD)

Abg. Aminata Touré (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung	5
	Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1427	
2.	Entwurf eines Gesetzes der Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum	6
	Gesetzentwurf der Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum Drucksache 19/1521	
3. a)	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Brandschutzgesetzes - Einführung einer zusätzlichen Altersversorgung für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren	7
	Gesetzentwurf der Fraktion der SPD Drucksache 19/1533	
b)	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Brandschutzgesetzes	7
	Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1617	
4.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Marktüberwachungsverordnungs-Durchführungsgesetzes und zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein	8
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/1514	
5.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften	9
	Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1519	
6.	Bürgerfreundliche und verständliche Sprache in der Verwaltung fördern	10
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/980	
7.	Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten in den Gemeinden, Kreisen, Ämtern und Hochschulen	11
	Gesetzentwurf der Fraktion der AfD Drucksache 19/1613	

-
- 8. Entwurf eines Gesetzes zur Integration und Teilhabe (Integrations- und Teilhabegesetz für Schleswig-Holstein - IntTeilhG) 12**
- Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1640
- 9. Besserer Schutz von Demokratinnen und Demokraten gegen rechtsextreme Bedrohungen 14**
- Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1605
- Rechtsextreme Bedrohungen bekämpfen 14**
- Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1664
- 10. Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die erweiterte Zuständigkeit der mit der Begleitung aufenthaltsbeendender Maßnahmen betrauten Bediensteten in den Ländern und Gesetzentwurf zur Ratifizierung des Staatsvertrages 15**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/1610
- 11. Entwurf eines Gesetzes zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (Dritter Glücksspieländerungsstaatsvertrag - 3. GlüÄndStV) 16**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/1611
- 12. Raumordnungsbericht Zentralörtliches System 17**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/1504
- 13. Verschiedenes 18**

Die Vorsitzende, Abg. Ostmeier, eröffnet die Sitzung um 15:35 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Der Ausschuss kommt überein, den in der Einladung ausgewiesenen Punkt 1 der Tagesordnung - Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung, [Drucksache 19/1427](#) - von der Tagesordnung abzusetzen und den Gesetzentwurf am 11. September 2019 abschließend zu beraten. Im Übrigen wird die Tagesordnung in der vorstehenden Fassung einstimmig gebilligt.

1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP

[Drucksache 19/1427](#)

(überwiesen am 15. Mai 2019)

hierzu: [Umdrucke 19/2573](#), [19/2694](#), [19/2777](#), [19/2785](#))

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

2. Entwurf eines Gesetzes der Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum

Gesetzentwurf der Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum
[Drucksache 19/1521](#)

(überwiesen am 19. Juni 2019 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Sozialausschuss und den Petitionsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 19/2531](#), [19/2749](#)

Abg. Ünsal spricht sich dafür aus, über die Empfehlung an den Landtag abzustimmen. - Abg. Claussen bittet darum, die abschließende Beratung des Gesetzentwurfs bis zur nächsten Sitzung am 11. September 2019 zurückzustellen. - Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren.

Die Vorsitzende, Abg. Ostmeier, erinnert an das gesetzliche Erfordernis, im Falle einer Ablehnung des Gesetzentwurfs der Volksinitiative die Ablehnung zu begründen.

**3. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Brandschutzgesetzes
- Einführung einer zusätzlichen Altersversorgung für Angehörige
der Freiwilligen Feuerwehren**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1533](#)

(überwiesen am 21. Juni 2019)

hierzu: [Umdrucke 19/2699](#), [19/2798](#), [19/2815](#)

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Brandschutzgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP

[Drucksache 19/1617](#)

(überwiesen am 30. August 2019)

- Verfahrensfragen -

Abg. Rother weist darauf hin, dass sowohl für den Gesetzentwurf seiner Fraktion wie für den der Regierungskoalition die Frage offen sei, inwiefern auch andere Hilfsorganisationen einbezogen werden könnten. Er rege daher an, dass das Innenministerium hierzu in einer der nächsten Sitzungen berichte. - Der Ausschuss beschließt, so zu verfahren.

Auf Antrag des Abg. Rother beschließt der Ausschuss ferner, die bereits durchgeführte Anhörung zum Gesetzentwurf der Fraktion der SPD auf den nun überwiesenen Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP auszuweiten.

4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Marktüberwachungsverordnungs-Durchführungsgesetzes und zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/1514](#)

(überwiesen am 21. Juni 2019)

hierzu: [Umdrucke 19/2697](#), [19/2727](#), [19/2799](#)

Der Ausschuss schließt die Beratung des Gesetzentwurfs ab. Einstimmig empfiehlt er dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs, [Drucksache 19/1514](#).

5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP

[Drucksache 19/1519](#)

(überwiesen am 21. Juni 2019)

hierzu: [Umdrucke 19/2698](#), [19/2710](#), [19/2732](#), [19/2802](#)

Auf Antrag des Abg. Claussen beschließt der Ausschuss einstimmig, die Beratung über den Gesetzentwurf in der Sitzung am 11. September 2019 abzuschließen und dem Landtag zum September-Plenum eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.

6. **Bürgerfreundliche und verständliche Sprache in der Verwaltung fördern**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/980](#)

(überwiesen am 7. November 2018 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Sozialausschuss)

hierzu: [Umdrucke 19/1774](#), [19/1791](#), [19/1806](#), [19/1830](#), [19/1834](#),
[19/1862](#), [19/1872](#), [19/1884](#), [19/1887](#), [19/1900](#),
[19/1906](#), [19/1907](#), [19/1910](#), [19/1911](#), [19/1913](#),
[19/1914](#), [19/1916](#), [19/1917](#), [19/1919](#), [19/1920](#),
[19/1922](#), [19/1923](#), [19/1934](#), [19/1937](#), [19/1938](#),
[19/1940](#), [19/1941](#), [19/2030](#), [19/2065](#), [19/2254](#),
[19/2358](#), [19/2372](#), [19/2378](#), [19/2387](#), [19/2439](#),
[19/2495](#)

Der Ausschuss kommt überein, bis zum Vorliegen des Votums des mitberatenden Sozialausschusses die Beratung der Vorlage zurückzustellen.

7. Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten in den Gemeinden, Kreisen, Ämtern und Hochschulen

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

[Drucksache 19/1613](#)

(überwiesen am 28. August 2019 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Sozialausschuss)

- Verfahrensfragen -

Auf Antrag des Abg. Schaffer beschließt der Ausschuss einstimmig die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Dem Geschäftsführer sind die Anzuhörenden bis Mittwoch, den 18. September 2019, anzuzeigen.

8. Entwurf eines Gesetzes zur Integration und Teilhabe (Integrations- und Teilhabegesetz für Schleswig-Holstein - IntTeilHG)

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/1640](#)

(überwiesen am 28. August 2019 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Sozialausschuss)

- Verfahrensfragen -

Abg. Rother erinnert daran, dass in der Plenardebatte zu diesem Gesetzentwurf vonseiten der Landesregierung ein Dialogverfahren erwähnt worden sei, im Rahmen dessen die Landesregierung eine ähnliche, regierungsinterne Vorlage offensichtlich in ein Anhörungsverfahren gegeben habe. Er wolle daher die Landesregierung bitten, die Ergebnisse dieses Dialogverfahrens dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Abg. Rossa entgegnet, seiner Auffassung berühre das erwähnte Dialogverfahren den nunmehr im Raum stehenden Gesetzentwurf dreier Fraktionen nicht unmittelbar. - Abg. Rother entgegnet, auch wenn es sich nun um eine Vorlage aus der Mitte des Parlaments handle, so berühre sie doch zweifelsfrei das gleiche Thema wie der Entwurf, der Gegenstand des Dialogverfahrens der Landesregierung gewesen sei. Wenn es dort relevante Erkenntnisse gegeben habe, so sei es zweifelsohne förderlich, diese nun in die Beratung des Gesetzentwurfs im Ausschuss einzubeziehen. -

Abg. Wagner-Bockey schließt sich Abg. Rother an. Es sei wichtig zu erfahren, welche Schlüsse und Bewertungen die Landesregierung aus dem durchgeführten Dialogverfahren gezogen habe. - Abg. Rossa wiederholt, Gegenstand des Beratungsverfahrens sei allein der vorliegende Gesetzentwurf.

Abg. Harms unterstützt die Bitte des Abg. Rother auf Vorlage der Unterlagen zum Dialogverfahren. Es gehe darum zu erfahren, wovon die Landesregierung in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs im Landtag genau geredet habe.

Abg. Rossa meint, natürlich stehe der Opposition die Möglichkeit offen, ein Aktenvorlagebegehren nach Artikel 29 Absatz 2 Landesverfassung einzuleiten. Dies sei aber getrennt von diesem Tagesordnungspunkt zu beraten.

Abg. Brockmann meint, ein Bericht des Innenministers im Ausschuss zu der Frage des durchgeführten Dialogverfahrens sei geeignet, die erforderlichen Informationen zu vermitteln.

Einstimmig beschließt der Ausschuss auf Antrag des Abg. Claussen die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Die Anzuhörenden sind dem Geschäftsführer bis zum 18. September 2019 anzuzeigen.

Unabhängig von der durchzuführenden schriftlichen Anhörung bittet der Ausschuss die Landesregierung, ihm die Unterlagen, die sie im Rahmen des Dialogverfahrens zu einem möglichen Integrationsgesetz gesammelt hat, zur Verfügung zu stellen und ihm hierzu zeitnah mündlich Bericht zu erstatten.

Abg. Dr. Dolgner bittet die Vorsitzende, auf die Tagesordnung der folgenden Ausschusssitzung den Punkt „Aktenvorlagebegehren nach Artikel 29 Absatz 2 Landesverfassung“ aufzunehmen.

9. Besserer Schutz von Demokratinnen und Demokraten gegen rechtsextreme Bedrohungen

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1605](#)

Rechtsextreme Bedrohungen bekämpfen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/1664](#)

(überwiesen am 29. August 2019)

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung; Anzuhörende sind dem Geschäftsführer bis zum 18. September 2019 anzuzeigen.

10. Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die erweiterte Zuständigkeit der mit der Begleitung aufenthaltsbeendender Maßnahmen betrauten Bediensteten in den Ländern und Gesetzentwurf zur Ratifizierung des Staatsvertrages

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/1610](#)

(überwiesen am 30. August 2019)

- Verfahrensfragen -

Auf Antrag des Abg. Rother beschließt der Ausschuss einstimmig, die Landesregierung um einen mündlichen Bericht in der Sitzung am 11. September 2019 zu bitten und in dieser Sitzung die Beratung über den Gesetzentwurf abzuschließen, sodass dem Landtag zum September-Plenum eine Beschlussempfehlung zugeleitet werden kann.

11. Entwurf eines Gesetzes zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (Dritter Glücksspieländerungsstaatsvertrag - 3. GlüÄndStV)

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/1611](#)

(überwiesen am 30. August 2019)

- Verfahrensfragen -

Abg. Dr. Dolgner fragt, ob es zu dem vorliegenden Staatsvertrag weitere Protokollerklärungen gebe, die nicht Gegenstand des vorliegenden Gesetzentwurfs der Landesregierung seien. - Abg. Claussen entgegnet, er gehe davon aus, dass es keine über den vorliegenden Staatsvertrag hinausgehenden vertraglichen Verpflichtungen der Landesregierung gebe.

Der Ausschuss schließt somit die Beratung des Gesetzentwurfs ab und empfiehlt dem Landtag einstimmig dessen unveränderte Annahme.

12. Raumordnungsbericht Zentralörtliches System

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/1504](#)

(überwiesen am 30. August 2019 zur abschließenden Beratung)

- Verfahrensfragen -

Abg. Dr. Dolgner regt an, denjenigen Kommunen, deren Ein- und Höherstufungswünsche abgelehnt worden sei, die Gelegenheit zu geben, ihre Sicht auf das Zentralörtliche System im Ausschuss vorzutragen.

Abg. Claussen vertritt die Auffassung, es handele sich um einen Bericht, der dem Ausschuss abschließend überwiesen worden sei. Dem Zentralörtlichen System liege eine Verordnung der Landesregierung zugrunde, die bald in Kraft trete und einer unmittelbaren Veränderung durch den Landtag nicht offenstehe. - Abg. Dr. Dolgner entgegnet, das Zustandekommen dieser Entscheidungen sei für den Landtag auch deswegen interessant, weil die Einstufungen der Kommunen die Mittelzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs begründeten.

Abg. Brockmann meint, der Bericht enthalte bereits die den Einstufungsentscheidungen zugrundeliegenden Fakten. - Abg. Dr. Dolgner erinnert daran, dass es über die Informationen des Berichts hinaus auch eine politische Dimension der entsprechenden Einstufungen gebe.

Abg. Claussen stimmt Abg. Dr. Dolgner dahin gehend zu, dass es wichtig sei, sich mit dem zentralörtlichen System und eventuellen Reformbedarfen zu beschäftigen. Er rege daher einen Bericht des Innenministeriums im Ausschuss an. - Abg. Harms stimmt Abg. Claussen zu. Er regt an, auch die kommunalen Landesverbände als Vertreter der Kommunen zu dem Thema anzuhören.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, [Drucksache 19/1504](#), einstimmig abschließend zur Kenntnis. Er beschließt ferner einstimmig, in einer seiner nächsten Sitzungen mit Innenministerium und kommunalen Landesverbänden zum Zentralörtlichen System zu beraten.

13. Verschiedenes

Zu dem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Die Vorsitzende, Abg. Ostmeier, schließt die Sitzung um 16:25 Uhr.

gez. Barbara Ostmeier
Vorsitzende

gez. Dr. Sebastian Galka
Geschäfts- und Protokollführer